einiges getan. In der Vergangenheit wurde die Herstellung diverser Produkte wieder aus dem Kleinproduzentenbereich ausgegliedert – aus Qualitätsgründen, wie es hieß. Gleichermaßen hat die Regierung ein Kleinunternehmen als ein Unternehmen definiert, in dem die Investitionskosten weniger als zwei Millionen Rupien (ca. 170.000 Mark) betragen. In der Folge haben sich auch Großunternehmen wie etwa Tata und Birla direkt oder über Mittelsmänner im Kleinproduzentenbereich betätigt und die Prämien, Konzessionen und Steuerbefreiungen in Anspruch genommen. Dabei haben sie auch stark auf die unorganisierte Arbeiterschaft, einschließlich der Kinderarbeiter, zurückgegriffen.

All dies war zum Schaden der echten Kleinunternehmen, die oft zu ihrem Überleben – aber auch zur Gewinnmaximierung – Kinder beschäfigen. Der Staat bleibt dabei mehr oder weniger in der Rolle des stummen Beobachters, der gelegentlich sonderbare Gesetze zum Zwecke des Verbots der Kinderarbeit erläßt. Der Staat behauptet immerzu, Kinderarbeit sei "grausame Realitat". Ursache sei die Armut, die viele Eltern dazu bewege, ihre Kinder arbeiten zu lassen. Zweifellos stimmt das teilweise, doch die Hauptgründe für Kinderarbeit ergeben sich aus den zahlreichen Interessen des Staates. So kann beispielsweise das Streichholzwerk von Sivakasi im südlichen Bundesstaat Tamil Nadu nur deshalb

mit multinationalen Konzernen wie WIMCO konkurrieren, weil es billige Kinderarbeiter beschäftigt. Erwachsene werden bewußt nicht eingestellt. Andere heimische und multinationale Unternehmen, die Glühbirnen, Rohre, Armreifen usw. produzieren, beschäftigen überwiegend Kinder. Die Gewinne werden dadurch um rund 25 Prozent gesteigert. Die Existenz von mindestens 44 Millionen Kinderarbeitern in einem Land mit hoher Erwachsenenarbeitslosigkeit kann als "grausame Realität" nicht einfach der Armut zugeschrieben werden. Das Argument, daß man Armut nicht über Nacht auslöschen könne und daher die Kinderarbeit in den verschiedensten Bereichen geregelt werden müsse, ist nicht stichhaltig.

Kinderarbeit auch in der Landwirtschaft verbreitet Auf ähnliche Weise gerät die Landwirtschaft, die ein beherrschender Sektor der indischen Wirtschaft mit einem Anteil von fast 50 Prozent am Bruttosozialprodukt ist und Rohstoffe für den industriellen Sektor liefert, in den Bann des Kapitalismus. Die Landverteilung ist ungerecht: So besitzen beispielsweise 50 Prozent der Haushalte lediglich 4 Prozent des Bodens, über 27 Prozent sind Pächter und weitere 30,4 Prozent sind Landarbeiter. Diese extreme Ungleichheit ebnet den Weg für weitverbreitete Kinderarbeit. Hinzu kommt Schuldknechtschaft, zu der die Kinder von verschuldeten Eltern gezwungen werden. Es wird geschätzt, daß 80

Die Probleme der Kinderarbeit im Zusammenhang mit indischen Knüpfteppichexporten hat 'Südasien' bereits mehrfach aufgegriffen. Zuletzt sind dabei die Vertreter des Teppichgewerbes und sozialer Organisationen zu Wort gekommen. Der folgende Tagungsbericht schildert die Überlegungen von Aktionsgruppen, ein Teppichsignet "hergestellt ohne Kinderarbeit" zu schaffen. Spielen demnächst in Indien die Menschenrechte beim Teppichknüpfen eine größere Rolle?

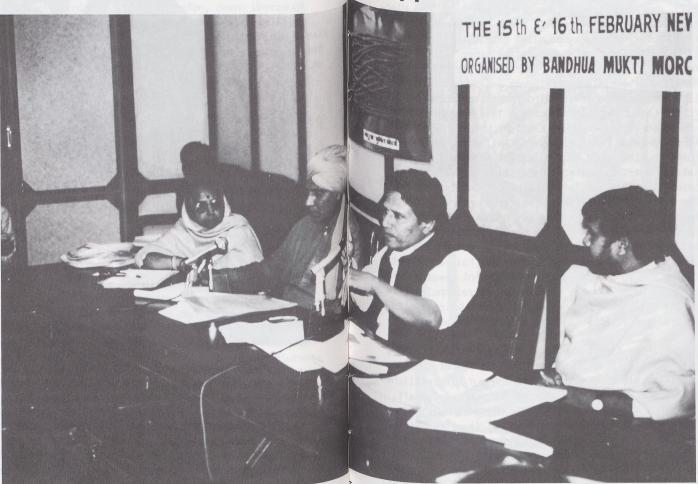
Kürzlich trafen sich in Delhi etwa vierzig Vertreter-Innen sozialer Aktionsgruppen, Rechtsanwälte und Politiker, um über die zukünftige Menschenrechtsarbeit in den Orientteppichmanufakturen zu beraten. Veranstalter war die in Indien sehr bekannte Menschenrechtsorganisation 'Bandua Mukti Morcha' (BMM), die Bewegung zur Befreiung der Schuldknechte, die mit Befreiungsaktionen, Rechtshilfe, Aufklärungsarbeit und publikumswirksamen Hearings für die Rechte der vielen Millionen Schuldknechte in Indien kämpft.

Arbeitsminister Ramji Lal Suman, der gegen den Rat seiner Ministerialdirigenten der Einladung der sich bisher nicht gerade regierungsnah gebärdenden BMM gefolgt war, gab sich die Ehre, und den Versammelten sowie zahlreich erschienenen Pressevertretern gute Worte. Er werde sich, versprach der Minister, für die strikte Anwendung der Kinderarbeitsgesetze einsetzen. Seine Regierung, die mittlerweile nicht mehr besteht, sei außerdem bestrebt, zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten in der Teppichregion zu schaffen.

Ganz ungeschoren ließ man ihn allerdings nicht gehen. Champa Shrivastava, die zweite Vorsitzende der BMM, beschwerte sich bei ihm über die Unwilligkeit der Distriktbehörden in der Teppichregion Mirzapur/Uttar Pradesh, den Gesetzen Geltung zu verschaffen. Die örtlichen Verwaltungsleiter und die Polizei weigerten sich allzu oft, den Schuldsklaven, die mit Hilfe ihrer Organisation identifiziert wurden, die sogenannten Entlassungspapiere auszustellen und den notwendigen Polizeischutz zu gewähren.

Eingeladen waren auch die Fabrikantenorganisationen 'All India Carpet Manufacturers Association' (AICMA) und das halbstaatliche 'Carpet Export Promotion Council'. Doch die Funktionäre der Teppichindustrie scheuten wohl die offene Diskussion. Sie verschwanden

Kinderarbeit in Indiens Teppichindustrie



Konferenz zu Kinderarbeitern in der eppichindustrie (Foto: Brandstäter)

schnell wieder, nachdem sie reichlich Visitenkarten verteilt hatten.

Die Teilnehmer der Konferenz waren sich darin einig, daß keine neuen Gesetze gegen die Kinderarbeit benötigt würden. Obwohl gerade der 'Child Labour (Prohibition and Regulation) Act of 1986' gravierende Unzulänglichkeiten aufweise, sei es vorrangig, den geltenden Bestimmungen mehr Autorität zu verleihen und sie in der Praxis auch anzuwenden. Mit rechtlichen Mitteln

allein sei der Kinderarbeit nicht beizukommen. Auch Alphabetisierungsprogramme und Maßnahmen zur Bewußtseinsbildung reichten dazu nach Auffassung der Veranstalter nicht aus.

Im Falle der Teppichindustrie biete – so der VorsitZende von BMM, Swami Agnivesh –, die Sensibilität der
internationalen Öffentlichkeit Ansatzpunkte zum Handeln. Der Verbraucher in den Ländern der EG' (dort
Werden 60 Prozent aller Orientteppiche verkauft) seien

aufzufordern, nur noch solche Teppiche nachzufragen, die von Erwachsenen gefertigt wurden. Hierfür müsse die Solidaritätsarbeit in den Verbraucherländern noch verstärkt werden.

Die indischen Fabrikanten sollten das entsprechende Angebot bereitstellen, wünscht sich Agnivesh. Dazu könnte ein Warensignet dienen, daß auf die Herkunft der Knüpfteppiche aus Erwachsenenarbeit hinweist. Diese Idee unterstützt bereits die 'Arbeitsgruppe zu gegenwärtigen Formen der Sklaverei' der UN-Menschenrechtskommission, die sich in ihrem jüngsten Bericht mit den Zuständen in Indiens Teppichgewerbe auseinandersetzt.

Es liegt nun bei der Fabrikantenvereinigung AICMA, die Voraussetzungen für das Signet zu schaffen. So sahen es jedenfalls die Versammelten, nachdem sie länger darüber diskutiert hatten, wie die mit Einführung des Signets zu erwartenden erhöhten Lohnkosten zwischen Fabrikanten, Mittelsmännern und Werkstättenbesitzern zu verteilen seien.

Agnivesh regte an, daß sich AICMA und die sozialen Organisationen in einem Komitee zusammenfinden mögen, das die Bedingungen für die Vergabe der Auszeichnung festlegt. Das Gremium hätte auch dafür zu sorgen, die Einhaltung dieser Bedingungen stichprobenweise zu überprüfen. Gegebenenfalls hätten sich die Exporthäuser von den "schwarzen Schafen" unter ihren Zulieferern zu trennen.

BMM verfügt durch ein gutes Netz von Sozialarbeitern und Informanten vor Ort im sogenannten carpet-belt des Bundesstaates Uttar Pradesh zumindest über Anfangsvoraussetzungen, solche Proben gezielt durchführen zu können. Von vornherein sollen sich freilich auch andere soziale Organisationen aus der Region an den Kontrollen beteiligen. Wie das Warenzeichen allerdings vor Fälschung zu sichern sei, diesbezüglich blieben eine Menge Fragen offen.

Flankierend zum Teppichsignet ist beabsichtigt, in der gesamten Region das Schulsystem zu verbessern, und zwar durch Zusammenarbeit von Staat und nicht-staatlichen Organisationen

Johannes Brandstäter